Nummer 15 — 25. Jahrgang
6mal wöch. Bezugspreis: für Januar 3.— M einschl. Bestellgeld. Anzeigenpreise: Die 1gesp. Petitzeile 30 ₰, Stellengesuche 20 ₰. Die Petitreklamezeile, 89 Millimeter breit, 1 M. Offertengebühren für Selbstabholer 20 ₰, bei Uebersendung durch die Post außerdem Portozuschlag. Einzel-Nr. 10 ₰, Sonntags-Nr. 15 ₰. Geschäftlicher Teil: Josef Fohmann, Dresden.

Mittwoch, 20. Januar 1926
Im Falle höherer Gewalt erlischt jede Verpflichtung auf Lieferung sowie Erfüllung v. Anzeigenaufträgen u. Leistung v. Schadenersatz. Für undeutl. u. d. Fernruf übermitt. Anzeigen übernehmen wir keine Verantwortung. Unverlangt eingesandte u. m. Rückporto nicht versehene Manuskripte werd. nicht aufbewahrt. Sprechstunde d. Redaktion 5 bis 6 Uhr nachmittags. Hauptschriftleit.: Dr. Joseph Albert, Dresden.

Sächsische Volkszeitung

Geschäftsstelle, Druck und Verlag: Germania-Buchdruckerei GmbH., Dresden-A. 16, Holbeinstraße 46. Fernruf 32722. Postscheckkonto Dresden 14707. Bankkonto: Bassenge & Frische, Dresden.

Für christliche Politik und Kultur

Redaktion der Sächsischen Volkszeitung Dresden-Altst. 16, Holbeinstraße 46. Fernruf 32729 und 33531.

Für Mitteilung geeigneter Adressen
an die wir Probenummern unserer Zeitung zwecks Werbung versenden können —
sind wir Ihnen jederzeit dankbar?

Von Ramek I zu Ramek II

Wien, im Januar.

Von unserem österreichischen Zg.-Vertreter.

Programmäßig trat am 14. d. M. die österreichische Regierung zurück, um so auch äußerlich den Abschluß des Genfer Sanierungswerkes kundzutun, den sich seinerzeit das Kabinett Ramek bei der Wahl zum Ziel gesetzt hatte. Das Programm der Regierung war mit Ende 1925 erschöpft. Trotzalledem wäre vielleicht ein Rücktritt der Regierung nicht vonnöten gewesen, doch wollte man diesen taktischen Schritt dazu benützen, um eine notwendig gewordene Regierungsumbildung vorzunehmen mit dem allgemeinen Wunsche, ein Kabinett zu erhalten, das dem Ansturm der sozialdemokratischen Opposition mit mehr Nackensteifheit begegnen würde, und um vor allem Neuwahlen vor Ablauf der Legislaturperiode zu vermeiden. Daß der Außenminister Dr. Mataja und der Minister für Land- und Forstwirtschaft Buchinger sich bei dieser Gelegenheit zurückziehen würden, stand fest, nachdem sich beide Minister schon seit Monaten mit Rücktrittsabsichten aus Gesundheitsrücksichten trugen. Nicht im Konzepte der Regierungsumbildung stand der Rücktritt des Finanzministers Dr. Ahrer, der kam plötzlich und unerwartet und hat seine Ursache in dem sogenannten steirischen Wirtschaftsprogramm. Daß sich die christlichsoziale Partei und ihre Regierung der Notwendigkeit eines Wirtschaftsprogramms nicht verschloß, kann man daraus ersehen, daß die Regierungserklärung des Kabinetts Ramek II. Richtlinien aufstellte, welche die ganze Sorge um die Sanierung der festgefahrenen Volkswirtschaft beinhalten. Das steierische Wirtschaftsprogramm, das wieder einmal eine traditionelle Extratour der Steirer ist, die von Zeit zu Zeit gerne von sich sprechen machen, war einerseits stark unter dem Einflusse und im Privatinteresse des steirischen Stinnes Dr. Wutte erstanden, anderseits allzu sehr außerhalb des Rahmens des Möglichen gelegen, so daß sich die Fraktion der christlichsozialen Partei nicht damit befreunden konnte. Da Dr. Ahrer nur das steirische Programm vertreten zu können glaubte, war sein Rücktritt die naturgemäße Folgerung. Sein Nachfolger wurde der Nationalrat Kollmann aus Baden, ein erfolgreicher Kaufmann, der politisch des öfteren hervortrat. Ob er auf dem glatten Parkett des schwierigsten Ressorts in gleicher Weise erfolgreich sein wird, bleibt abzuwarten.

Besondere Schwierigkeiten ergaben sich bei der Besetzung des Ackerbauministeriums. Fördermayr, der zuerst genannt wurde, kam offenbar wegen seiner zeitigen Verteidigung der Zentralwirtschaft nicht in Konkurrenz, obwohl die Oberösterreicher für Fördermayr eintraten. Schließlich verfiel man auf den Steirer Pirchegger; da die Steirer sich aber wegen ihres durchgefallenen Wirschaftsprogramms in den Schmollwinkel zurückgezogen hatten, lehnte auch Pirchegger seine Berufung ab. Das Portefeuille des Ministeriums lag auf dem Tisch, aber niemand griff danach. In dieser Verlegenheit richteten sich die Augen auf den Präsidenten des Tiroler Landeskulturrates Thaler, einen Gebirgsbauern bei Wöhrl, einen biederen Tiroler, der viel guten Willen mitbringt, aber nur als „Ersatz" für Buchinger gewertet werden kann. — Obwohl man als Bundeskanzler gern einen stärkeren als Dr. Ramek gesehen hätte (es wurde denn auch für diesen Posten Nationalrat Kollmann und der Vorarlberger Landeshauptmann Dr. Enders genannt), kam Dr. Ramek wieder. Die übrigen Ressorts blieben unverändert.

Konnte sich das erste Ministerium Ramek keineswegs mit dem vorangegangenen Kabinett Dr. Seipel messen, so gehörten ihm doch zwei markante Gestalten an — Dr. Mataja und Dr. Ahrer —, die weit über den Durchschnitt emporragten und sozusagen die Tragflächen der Regierung bildeten. Die Regierung Ramek II kann man am treffendsten wohl als das „Kabinett der kleinen Leute" bezeichnen, von dem man sich keine Wunder erwartet, wohl aber nach Ansicht führender Parlamentarier Neuwahlen noch in diesem Jahre, die erst im Oktober 1927 fällig wären. Während die Sozialdemokraten Neuwahlen gern schon im Mai hätten, dürfte man diese bis September—Oktober hinausziehen können. Erspart werden sie uns kaum bleiben, die Sozialdemokraten sind jedenfalls ernstlich bemüht, diese durch Lahmlegung des Parlamentes zu erzielen. In Wien haben sie schon alle Vorkehrungen für den Wahlkampf getroffen, eine wesentliche Kräfteverschiebung wird er nach Ansicht aller Regierungspolitiker nicht bringen. Die beiden Regierungsparteien — Christlichsoziale und Großdeutsche — werden wohl in den meisten, wenn nicht in allen Bundesländern mit einer Einheitsliste gegen die Sozialdemokraten in den Wahlkampf ziehen, der wohl als einer der heftigsten schon heute bezeichnet werden kann, da die Sozialdemokraten kein Mittel unversucht lassen, in den Besitz der Mehrheit zu gelangen. Daß die Eskomptebank, die Verwalterin der Gelder der roten Gemeinde Wien, als „Gegenleistung" Tausende von Schillingen zur Verfügung stellt, ist das Absurdum der kapitalistenfeindlichen Sozialdemokratie. Großzügige Baupläne und das Agrarprogramm sollen das übrige tun für die blinden Wählermassen, die noch immer den ausgelegten Leimruten in die Finger fielen. Das wären gewiß betrübliche Aussichten, doch hat die Scheidung der Geister bereits so weit geführt, daß von einem Her- oder Hinüberpendeln nicht die Rede sein kann. Die Folge davon ist stets eine schwache Regierung bzw. eine lähmende starke Opposition, so daß eine fruchtarme Eintagspolitik das Ergebnis ist. Gewisse Steirer Kreise halten daher eine Trennung der Ehe mit den Großdeutschen für vorteilhaft und streben eine solche mit den Sozialdemokraten an, um diese aus der verderblichen Opposition herauszureißen und sie an den Regierungswagen mit voller Verantwortung zu spannen. Diese Idee taucht von Zeit zu Zeit wieder auf und war auch in den Tagen der Regierungsumbildung Gegenstand lebhafter, kaum aber ernster Auseinandersetzungen. In absehbarer Zeit ist kaum an solche Kombinationen ernstlich zu glauben; denn bei dem gegenwärtigen Verhalten der Sozialdemokraten, namentlich in Wien, bei der scharfen Trennung zwischen rot und schwarz und den schon bestehenden bürgerlichen Einheitslisten in Kärnten und Oberösterreich, würde bei allem Verständnis für die Sachlage und Opportunität eine solche Regierungskoalition, die namentlich Nationalrat Dr. Gürtler gerne sehen würde, im Volke nicht verstanden werden und würde bei den Christlichsozialen wohl nahezu einstimmige Ablehnung erfahren, im Gegensatz zu den Sozialdemokraten, die mit Gewalt nach der Regierungsmacht streben und auch eine schwarz-rote Koalition in Kauf nehmen würden; denn eine sozialdemokratische Regierung mit den Großdeutschen ist trotz gewisser kulturpolitischer Berührungspunkte noch unmöglicher.

Am 15. d. M. wurde das Kabinett Ramek II. nach dem Vorschlage des Hauptausschusses vom Nationalrat gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und bei Stimmenenthaltung des freisinnigen Landbundes gewählt. Bundeskanzler Dr. Ramek zeichnete in seiner Regierungserklärung die Richtlinien auf, die man als ein Wirtschaftsprogramm gegen die drückende Not bezeichnen kann. Für die Förderung der Wirtschaft sieht die Regierungserklärung vor allem das freie Verfügungsrecht der Nationalbank über die Reste der Völkerbundsanleihe zugunsten des heimischen Gewerbes, der Industrie und der Landwirtschaft vor. Des weiteren wird die Regierung bemüht sein, nach Kräften dem Inlandsmarkte langfristige Auslandskredite zuzuführen; Hand in Hand damit soll ein weiterer Abbau des Zinsfußes erfolgen. Zur Verringerung der Produktions- und Regiekosten fordert sie Arbeitgeber und Arbeitnehmer um geeignete Vorschläge auf. Zur Entlastung der Produktion wird die Regierung eine Steuerreform mit dem Ziele Abbau der Steuern und Vereinheitlichung des Steuerwesens ausarbeiten. Auch die Fürsorgeabgabe soll in gleichem Sinne eine Reform erfahren. Ferner besteht die Regierung auf der in Verhandlung stehenden Mietenreform. Im Zusammenhang damit soll die Kleinrentnerfrage durch Aufwertung gewisser Pfandforderun-

Die römische Frage

Rom, den 17. Januar 1926.

Von unserem besonderen römischen Vertreter.

Vor einigen Tagen überreichte die Regierungskommission zur Regelung der staatlichen Gesetzgebung auf dem Gebiete des Kirchenwesens Mussolini die Beschlüsse als Grundlagen für die dem Parlamente vorzulegenden entsprechenden Gesetze. Der Kommission gehören drei geistliche Vertreter an, welche von der Regierung ernannt wurden im Einverständnis mit den Kirchenbehörden.

Die Beschlüsse sind in den Hauptlinien folgende: Finanzielle Verbesserung des Klerus und seine Pensionierung durch Einrichtung einer vom Klerus selber zu unterhaltenden und verwaltenden Pensionskasse. Die Pfarrer erhalten ein Gehalt von 30 Mark monatlich und eine Pension von 10 Mark. Die staatlichen Exequatur-Bestätigungen und Bestätigungen der Bischofsernennungen werden abgeschafft, und an ihre Stelle tritt das Nulla obsta, — die vorherige Zustimmung der Regierung zu den der Regierung mitzuteilenden Ernennungen —, die erteilt wird, wenn die Regierung nichts gegen die politische Anschauung des betreffenden Bischofskandidaten einzuwenden hat. Aehnliches gilt für die Ernennung von Pfarrern.

Während diese Beschlüsse eigentlich nur eine Aenderung in den Zahlen und in der Reihenfolge der bisherigen Bedingungen des Klerus bilden, ist der Beschluß betreffend die Anerkennung der religiösen Orden eine Neuerung. Die päpstlich anerkannten Orden sind auch vom Staate anerkannt und können als solche besitzen und funktionieren, immer vorausgesetzt, daß ihre politische Betätigung derjenigen der Regierung nicht zuwiderläuft.

Diese sehr bescheidenen Zugeständnisse wurden nun von der faschistischen Presse als eine kirchenpolitische Großtat des Faschismus in allen Tonarten gefeiert. Besonders der „Corriere d'Italia", die „Tribuna" und der „Messaggero" erklärten die Versöhnung zwischen Italien und dem Papsttum als eine vollendete Tatsache, ohne zu berücksichtigen, daß dem Kernpunkt dieser Beziehungen die ungelöste römische Frage bildet.

Daraufhin brachte der „Osservatore Romano" eine offiziöse Richtigstellung dieser Sachlage, in welcher er nach Abschaffung des Garantiegesetzes diejenige Freiheit und Unabhängigkeit für den Heiligen Stuhl verlangt, — sei sie wirklich oder sei sie anscheinend — auf welche der Heilige Stuhl das Recht hat, um sodann alle ungerechten Gesetze im beiderseitigen Einverständnisse zu reformieren.

Der faschistische „Corriere d'Italia" druckt diese Bemerkung ohne Kommentar ab, dadurch die Verlegenheit verratend, die sein Chefredakteur, der Urheber der obengenannten Beschlüsse, Mattei-Centili, dabei empfinden muß. Anders dagegen die „Tribuna", die jetzt dem Innenminister Federzoni gehört, der großen Wert darauf legt, als Katholik aufzutreten. Das vatikanische Organ wird im Kommentar der „Tribuna" stark mitgenommen, ihm Unwahrhaftigkeit und Undankbarkeit gegen den Faschismus vorgeworfen, der die Religion wieder zu Ehren im öffentlichen Leben bringen wolle. Besonders heftig sind seine persönlichen Anwürfe gegen den Kardinalstaatssekretär Gasparri, den es den Vater und Schöpfer der Volkspartei — Popolari — nennt, und einen Freund demokratischer Ideen und des Parlamentarismus.

Aehnlich drückt sich auch das Organ Mussolinis aus, während das Freimaurerblatt Giornale d'Italia ganz aus dem seelischen Gleichgewicht geraten ist und bereits die Integrität des italienischen Bodens durch päpstliche Machtansprüche bedroht und den Kirchenstaat wiedererstehen sieht.

Alle drei Blätter machen sich dabei den Umstand zunutze, daß der „Osservatore" über das Leichenbegängnis der Königinmutter nur einige Zeilen gebracht habe und dies im lokalen Teile und gleich hinter einer Meldung die Schließung zweifelhafter Ballokale betreffend. Der „Osservatore" suchte dies als ein Versehen des Druckerlehrlings zu entschuldigen, findet aber wenig Glauben bei den in ihren patriotischen und monarchistischen Gefühlen Gekränkten, um so mehr, da ähnliche Versehen des „Osservatore" auf Absichtlichkeiten des Chefredakteurs — eines Grafen Terre — schließen ließen. Ob man damit auf die auch als zufällig hingestellten Artikel des „Osservatore Romano" gegen das taktische Zusammenarbeiten der Katholiken mit den sozialistischen Parteien zurzeit der deutschen Präsidentenwahlen anspielen will? Diese sind erst im letzten Augenblick zur Kenntnis des Kardinalstaatssekretärs Gasparri gelangt, der sie sofort dementierte, ohne den verhängnisvollen Mißbrauch in Deutschland noch abwenden zu können.

Nach dem bisherigen Erfolg dieser Zeitungspolemik kann man nicht gerade auf eine günstige Aufnahme der auf dem Wege über die öffentliche Diskussion in den Zeitungen erfolgten Aufforderung schließen.

Ob dieser Weg überhaupt in einer so delikaten Frage gangbar ist? Die Erfolge des „Osservatore Romano", auf ähnliche Weise die diplomatischen Beziehungen mit der Tschechoslowakei, Jugoslawien und Litauen zu regeln, sind nicht gerade ermutigend.

Ob es überhaupt zweckmäßig erscheinen mag, mit einer auf Gewalt gegründeten Diktaturregierung, wie derjenigen Mussolinis, eine solche Frage zu regeln, wo Diktaturen nie von langer Dauer sind, und ihre Gesetze meistens sofort nach ihrem Falle wieder aufgehoben werden?

SLUB
Wir führen Wissen.